

Antrag

Fraktion der SPD
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hannover, den 03.11.2015

Inklusion, Deutsch als Zweitsprache und Berufsorientierung in der Lehrerbildung stärken

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Das Berufsbild der Lehrerin bzw. des Lehrers war in den letzten Jahren großen gesellschaftlichen Veränderungen ausgesetzt:

- Die gesellschaftspolitische Aufgabe der Inklusion trat mit der Einführung der inklusiven Schule im Schuljahr 2013/2014 in eine neue Umsetzungsphase, die den Lehrkräften viel Geduld, Umsicht und Engagement abverlangte. Auch der Umgang mit Heterogenität in der Schule musste von allen Beteiligten - von Schülerinnen und Schülern ebenso wie von Eltern, Verwaltungspersonal und Lehrkräften - gelernt werden. Ebenso müssen Lehrerinnen und Lehrer die Grundlagen der Förderdiagnostik erwerben.
- Nicht erst seit dem hohen Anstieg der Flüchtlingszahlen Mitte dieses Jahres ist Deutsch als Zweitsprache eine wichtige Basiskompetenz für Lehrkräfte. Nur ein fachlich geschultes Auge erkennt die Sprachdefizite und kann - unabhängig vom jeweiligen Unterrichtsfach - am Abbau ebendieser arbeiten. Auch ist ein Mindestmaß an interkultureller Kompetenz hierfür notwendig.
- Das neue Schulgesetz legt gesteigerten Wert auf eine umfassende und zielgerichtete Berufsorientierung. Nur Lehrkräfte, die hierfür umfassende Grundlagen aufweisen, können bei Schülerinnen und Schülern die notwendige Neugier vermitteln.

Vor diesem Hintergrund begrüÙt der Landtag die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung:

- Die umfassende Qualifikation von Lehrkräften für die inklusive Schule, z. B. die speziell qualifizierten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren inklusive Schule (MiS) und die Schulinternen Fortbildungen (SchILFs) zur schulischen Inklusion.
- Die Vermittlung von Basiskompetenzen im Lehramtsstudium für die Umsetzung der Inklusion, zum Umgang mit Heterogenität und für die Grundlagen der Förderdiagnostik.
- Deutsch als Zweit- und Bildungssprache ebenfalls als Basiskompetenz im Lehramtsstudium für alle Lehrämter zu stärken und im Vorbereitungsdienst für schulpraktische Anforderungen diese zu vertiefen und zu erweitern.
- Die Schaffung von Sprachbildungszentren, die Schulen aller Schulformen im Bereich der durchgängigen Sprachbildung, der interkulturellen Schulentwicklung und der Mehrsprachigkeit beraten und unterstützen.
- Im Lehramt an Haupt- und Realschulen Kompetenzen zur Beurteilung der Ausbildungs- und Berufsbefähigung von Schülerinnen und Schülern zu stärken.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. den eingeschlagenen Weg der Stärkung von Inklusion, Deutsch als Zweitsprache und Berufsorientierung im Lehramtsstudium konsequent weiter zu beschreiten,
2. die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften in diesen Bereichen mit hohem Engagement weiter zu betreiben,

3. die Sprachbildungszentren weiterhin ihrer wichtigen Rolle gerecht werden zu lassen und eine Ausweitung zu prüfen.

Begründung

Seit langen Jahren steigen die Einwanderungszahlen massiv an. Diese große gesellschaftspolitische Herausforderung muss insbesondere das Schulsystem meistern. Das Erlernen der deutschen Sprache ist zentral für die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Deshalb brauchen die Lehrkräfte eine entsprechende Aus-, Weiter- und Fortbildung sowie weitere Unterstützungsangebote. Dabei sollte auch das Migrant*innen*ElternNetzwerk einbezogen werden.

Die erfolgreich angelaufene inklusive Schule verlangt von Niedersachsens Lehrkräften in allen Schulformen neue Basiskompetenzen. Diese können nicht alleine von Förderschullehrkräften vermittelt werden, sondern müssen integraler Bestandteil eines jeden Lehramtsstudiums sein.

Für die Fraktion der SPD

Johanne Modder
Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Anja Piel
Fraktionsvorsitzende